A8 Beutelsbacher Dissens? Unabhängige Politische Bildung jetzt!

Antragsteller*in: Danilo Zoschnik
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Dieser Antrag soll auf Basis der Beschlusslage „Politische Bildung als Kernelement demokratischer Kultur stärken“, das Verständnis der GRÜNEN JUGEND Brandenburg von Politischer Bildung aus normativer Perspektive ausdifferenzieren.

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert die öffentlichen Bildungsträger*innen Brandenburgs auf, in Kooperation mit dem Landesministerium für Bildung, Jugend und Sport eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um den Beutelsbacher Konsens, der in Deutschland die Leitlinien politischer Bildung vorgibt, unter Beteiligung aller dafür relevanten Akteur*innen vollumfänglich umzusetzen.

Zu diesem Zweck muss insbesondere die Landeszentrale für Politische Bildung Brandenburg (lpb) gestärkt werden, die mit nur zehn Mitarbeiterinnen* zwar einen guten Job macht, allerdings mehr Personal und eine bessere Finanzierung benötigt, um der Mammutaufgabe einer hochdifferenzierten und breit verfügbaren politischen Bildungsarbeit für fast zweieinhalb Millionen Menschen gerecht zu werden. Als zentrales Organ, das für gute Politische Bildung lobbyiert, muss allerdings auch sie sich in selbstkritischer Art von alten Dogmen und einem politischen Mainstream emanzipieren, die der eigenen Zielstellung zuwiderlaufen. Darüber hinaus soll sie bei ihrer inhaltlichen Arbeit,nach Beispiel der Vorstöße der Bundeszentrale, ihre eigene Einbeziehung externer Aktuer*innen, wie etwa aktuell feministischer Kirchenvertreterinnen* oder kritischer Extremismusforscher, beibehalten und weiter ausbauen. Begrüßenswert sind für uns in jedem Fall auch Initiativen wie das Alternativ-Unterrichtsmaterial für Lehrkräfte, das attac anbietet um etwa kapitalismuskritischere Akzente bei der Behdandlung von Wirtschaftsthemen zu setzen. Selbiges gilt für die Partizipation durch junge Menschen, wie sie im Vorjahr modellhaft für einen Bundestagswahl-Blog ermöglicht worden ist. Es braucht diese modern-offene Material- und Referenzkultur, die natürlich auch mit der Bandbreite von Medien unserer Zeit verbunden sein muss, um einer neuen ambivalenten Sicht und Verdrossenheit gegenüber Politik zu begegnen, die anders als früher auch von den politischen Kräften selbst geschürt wird.

Nie zuvor waren die Anforderungen an demokratische Politische Bildung höher. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie auch in Brandenburg nicht nur vermeintliche Fakten vermittelt, sondern integrativer, diverser und konstruktiver wird. Sie muss sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren und damit einhergehend ebenfalls mit alten Selbstverständlichkeiten brechen, die Systemfrage, also jene nach der politischen, wirtschaftlichen, globalen und digitalen Ordnung,stellen. Und das muss sich wiederfinden: in den Vorträgen der lpb, den Schulbüchern der Gesamtschulen, den Studiengängen angehender Lehrkräfte, den Podien wissenschaftlicher Institute – überall wo Menschen jeden Alters sich politisch interessieren oder einbringen.

Zur Realisation dieses Anspruches fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg:

- Die nächste Landesregierung soll einen unabhängigen Politischen Bildungsbeirat einberufen, der transparent und unter Einbeziehung aller öffentlichen Bildungsträger*innen, sowie verschiedener

zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Verbandsvertreter*innen in beratender Funktion die Politische Bildungsarbeit des Landes Brandenburg mitkoordiniert

- Das Curriculum für alle Schulformen muss in Brandenburg nach den Ansprüchen einer neuen aktivierenden und differenzierten Politischen Bildung, wie sie im letztjährigen Antrag beschrieben wird, überholt werden.

- Auch wenn im schulischen Kontext selbstverständlich primär das Fach der Politischen Bildung am Beutelsbacher Konsens ausgerichtet sein muss, ist es unbedingt notwendig bei der Unterrichtsrealität von Interdisziplinarität und fächerübergreifenden Inhalten,auch beispielsweise für Geschichte und Geographie die selben Standards zur Verhinderung von Indoktrination anzulegen.

- Im Studium für die Politische Bildung auf Lehramt an der Universität Potsdam, soll es künftig ein vom Ministerium gefördertes obligatorisches Seminar, innerhalb der ersten beiden Fachsemester, geben, dass sich ganz dezidiert und mit den im Antrag vermittelten Ansprüchen, mit dem Beutelsbacher Konsens beschäftigt und die Studierenden für ihre verantwortungsvolle Aufgabe im späteren Beruf sensibilisiert.

- Das Minsterium für Bildung, Jugend und Sport soll Schulungsangebote für Lehrkräfte, Aktive in Verbänden und Vereinen, interessierte Eltern etc. schaffen, mit denen die aktuell notwendigen Kompetenzen für die Vermittlung Politischer Bildung ausgebaut und aufgefrischt werden können.

Begründung

Als pluralistischer Verband mit konstruktiver Debattenkultur unterstützen wir ausdrücklich die formulierten Inhalte des sogenannten. „Beutelsbacher Konsens“, der die Ausgestaltung einer politischen Bildung vorsieht, die es leisten soll jede*n zu unabhängiger, reflektierter Meinungsbildung und Argumentation zu befähigen. Bei einem so polarisierenden und politisierten Zeitgeschehen sind diese urdemokratischen Kernkompetenzen unverzichtbar und wichtiger denn je. Diesem selbstauferlegten Anspruch allerdings wird politische Bildung in Brandenburg aber leider bei weitem nicht gerecht! Und er kann auch nicht allein auf die Lehrkräfte für Politische Bildung und einige weniger gut sichtbare Angebote der Lpb abgewälzt werden, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe handelt, die existenziell unsere demokratische Lebensweise sichert und schützt. In Zukunft muss es wieder möglich sein den Kapitalismus, das Konzept des Nationalstaates oder jahrhundertelang propagierte aber unwissenschaftliche Vorstellungen von Geschlecht zu hinterfragen, zu diskutieren und die Kontroversität bei Themen wie diesen nicht zu relativieren, denn so können wir der neurechten Bewegung, den Verschwörungstheoretiker*innen, den Feind*innen freier Gesellschaften viel eher den Boden unter den Füßen wegziehen, auch wenn es eine Kraftanstrengung ist. Der Fortbestand progressiver Gesellschaftsideale, Rechtsstaatlichkeit und Einmischungsmöglichkeiten müssen uns all das aber wert sein!